UNIONCORN

Debattenmagazin der LSU in Niedersachsen



Oktober 2020

Union rückt das Wir in den Fokus

Im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm



oto: CDU Deutschlands

Aus dem Magazin:

Niedersachsen und die EU für LSBTI-Rechte

Landtag und EU-Kommission weisen Polens "LSBTI-freie Zonen" in die Grenzen

Seite 7

Neue Studie: Bundeswehr und Homosexualität

AKK stellt von der Leyens Studie "Tabu und Toleranz" im Bendlerblock vor

Seite 8

Noch immer diskriminiert am Arbeitsplatz?

Die LSU diskutiert über die DIW-Studie zur Arbeitsmarktsituation von LSBTI

Seite 9

...und vieles mehr.



as WIR gewinnt!" Mit diesem Slogan wirbt seit geraumer Zeit die "Aktion Mensch". Und in diesem pandemiegeprägten Jahr, in dem wir den dreißigsten Jahrestag der glücklichen deutschen Wiedervereinigung feiern, lernen wir gerade, dass man mit dieser (Grund-) Haltung nicht nur in der Lotterie besser fährt.

Dass es, wie Generalsekretär Paul Ziemiak sagt, zur DNA der Christlich Demokratischen Union gehört, das Verbindende über das Trennende zu stellen, wird einmal mehr in dem gelungenen Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms unserer Partei deutlich. Wir werfen auf den Seiten 4 bis 6 einen Blick darauf.

Um einstmals vermeintlich Trennendes, unter dem allzu viele Menschen leiden mussten und das nun benannt werden und einer neuen Verbundenheit weichen soll, geht es auch in der Studie "Tabu und Toleranz" bei der Bundeswehr. (Seite 8)

Die Großkoalitionäre in Niedersachsen finden, dass es auch in Europa an der Zeit ist, das WIR – in diesem Fall die uns verbindenden gemeinsamen Grundwerte – wieder deutlicher zu betonen. Die Präsidentin der Europäischen Kommission und das Europaparlament wollen die europäischen Partner ebenfalls klarer auf das Rechtsstaatsprinzip verpflichten. Die Initiative aus Niedersachsen und die aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene stellen wir auf Seite 7 dar.

Dass Vorbehalte gegen LSBTI nach wie vor nicht zu einem echten WIR-Gefühl am Arbeitsplatz beitragen, legen die Ergebnisse der neuen DIW-Studie nahe. Wir haben mit unseren Mitgliedern darüber diskutiert. (Seite 9)

Letztlich kommt man, trotz aller Unterschiede, wohl tatsächlich nur gemeinsam weiter – persönlich, gesellschaftlich, national, europäisch und global. Wir haben dafür das beste Rüstzeug im Gepäck. Wie formuliert es das mögliche neue Grundsatzpro-

gramm: "Wir Christdemokraten schätzen die Unterschiede von Meinungen, Positionen und Biografien. Wie leben Vielfalt, und wir leben von Vielfalt. Wir sehen zugleich auch die Herausforderungen von Vielfalt. Aus Vielfalt Zusammenhalt zu schaffen, ist unsere Stärke. Mit dieser Kraft werden wir die Zukunft gestalten. Das ist der Anspruch unserer Union."

Also legen wir los.



Ich wünsche Euch eine anregende Lektüre

Sven Alexander van der Wardt Landesvorsitzender LSU in Niedersachsen





Breher für Segnung

CDU-Vizechefin freut sich über "Ehe für alle"

Zum dritten Jahrestag der Ehe-Öffnung hat sich CDU-Vize Silvia Breher mit einem Bekenntnis vorgewagt. Auf Facebook schrieb sie: "Mir ist es völlig egal, ob es Mann und Frau oder gleichgeschlechtliche Partner sind, die eine Familie gründen wollen." Zudem freue sie sich über den katholischen Bischof Heinrich Timmerevers, der gleichgeschlechtlichen Paaren den kirchlichen Segen nicht verweigern will. "Das ist einfach christlich", schrieb sie.

Merz irritiert mit Aussage

Warum der Pädophilie-Vergleich?

Auf die Frage, ob ein schwuler Bundeskanzler für ihn normal wäre, antwortete Friedrich Merz, die Frage der sexuellen Orientierung gehe die Öffentlichkeit nichts an, "so lange sich das im Rahmen der Gesetze bewegt und so lange es nicht Kinder betrifft". Der Bundesvorsitzende der LSU kritisierte daraufhin, hier sei unnötig ein Zusammenhang zwischen Homosexualität und Pädophilie hergestellt werden. Merz fühlt sich missverstanden.



GMK: Blutspende erleichtern

Landesminister fordern Vier-Monats-Frist

Die Gesundheitsminister-Konferenz hat einen von Niedersachsen eingebrachten Beschluss gefasst, die bestehende Diskriminierung von Homosexuellen bei der Blutspende abzubauen. Wer Blut spenden möchte, soll künftig nicht mehr zwölf, sondern nur noch vier Monate nach dem letzten Sexualkontakt zurückgestellt werden. Die GMK bittet nun das Bundesgesundheitsministerium und die Bundesärztekammer, die Richtlinie zu überarbeiten.



Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG): Dr. Sven Alexander van der Wardt, Vorsitzender I SIJ in Niedersachsen alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen c/o Wilfried-Hasselmann-Haus Hindenburgstraße 30 30175 Hannover

Internet: www.lsu-niedersachsen.de Facebook: @LSUinNiedersachsen Instagram: @lsu_niedersachsen

Die WIR-Partei: CDU

Union betont das Wir und die Vielfalt im neuen Programm-Entwurf

llein schon optisch sticht deutlich hervor, worum es im nächsten Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gehen soll: das Wir. In jeder Überschrift des Entwurfspapiers der CDU stehen die drei Lettern fett und kursiv. Sie drücken aus, worum es der Union schon immer ging, und worum es ihr gerade in diesen Zeiten noch viel mehr geht. In den Worten des amtierenden CDU-Generalsekretärs Paul Ziemiak, der den Programm-Entwurf mit verantwortet: Die CDU schaut auf das Verbindende, nicht auf das Trennende.

Dass dies vermeintlich immer schwieriger wird, verdeutlicht ein anderes Wort, das im Vorschlag zum neuen Grundsatzprogramm erstaunlich häufig auftaucht: Vielfalt. Doch die Union begreift die vorhandene Vielfalt von Meinungen und Positionen, Herkunft und Identitäten nicht zwingend als Problem, vielleicht noch als Herausforderung - aber eigentlich sogar als Bereicherung und Motor. So heißt es auf der dritten Seite des Programmtextes: "Wir Christdemokraten schätzen die Unterschiede von Meinungen, Positionen und Biografien. Wir leben Vielfalt, und wir leben von Vielfalt. Wir sehen zugleich auch die Herausforderungen von Vielfalt. Aus Vielfalt Zusammenhalt zu schaffen ist unsere Stärke. Mit dieser Kraft werden wir die Zukunft gestalten. Das ist der Anspruch unserer Union."

Ähnlich formuliert auch CDU-Präsidiumsmitglied und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn



»Wir Christdemokraten
schätzen die Unterschiede von
Meinungen, Positionen und Biografien. Wir leben Vielfalt, und
wir leben von
Vielfalt.«

Aus dem Entwurf für das neue Grundsatzprogramm

die Herausforderungen der aktuellen Zeit. "Die Frage zu Beginn der zwanziger Jahre ist: Halten wir als Gesellschaft zusammen, oder zerfallen wir in immer kleinere Gruppen, die sich voneinander abgrenzen und erbittert ihre Einzelinteressen vertreten?",

schreibt er in einem Gastbeitrag in der F.A.Z. gemeinsam mit Düzen Tekkal. Die Antwort geben die beiden CDU-Politiker sogleich: "Wir sind überzeugt: Eine Gesellschaft, die ihre Bürgerinnen und Bürger nach Alter, Geschlecht, Sexualität, Herkunft, Hautfarbe oder Religion, kurzum: nach Identitäten unterteilt, wird im 21. Jahrhundert erfolglos sein. Gerade weil unser Land vielfältig ist, müssen wir dieses Denken in Schablonen überwinden." Es gehe nicht um ein "multikulturelles Neben- und Gegeneinander, sondern ein Miteinander mit klaren Angeboten und Regeln."

Die Kehrseite dieses neuen Wir-Gefühls, wie es sich nun im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm ausdrückt, ist ein zurückgenommenes Eingehen auf die Details dieser vielfältigen Gesellschaft. Das muss jedoch nicht als Makel des Papiers verstanden werden. Vielmehr besticht der Vorschlag, den die aktuelle Parteispitze der kommenden Führungsriege empfiehlt, durch seine wahre Grundsätzlichkeit. Man

verliert sich nicht im Klein Klein früherer Programme, sondern findet zurück zu der Stärke und Ausdruckskraft der ursprünglichen Parteiprogramme der Union. Diesen Anspruch formuliert das neue Papier gleich zu Beginn, wenn es heißt: "Parteien müssen erklären, was sie machen und wie sie es machen. Aber noch wichtiger ist es zu sagen, warum sie etwas tun. Es ist die Frage nach der inneren Überzeugung."

Diese neue Ausrichtung drückt sich auch aus in solch starken Absätzen wie etwa diesem zum Staatsverständnis (der nebenbei bemerkt auch wieder die Vielfalt der Gesellschaft zum Ausdruck bringt):

"Wir alle formulieren unsere Interessen, Meinungen und Überzeugungen ganz selbstverständlich. Wir sind es gewohnt, unser Anderssein zu leben, die eigene Besonderheit darzustellen und unsere Bedürfnisse zu formulieren. Der Staat muss diese laute Vielfalt, die Spannungen erzeugt, aushalten. Er kann nicht immer den Wunsch jedes Einzelnen erfüllen, weil er immer das Wohl aller im Blick hat."

hnehin ist das Parteiprogramm nicht das, woran sich das alltägliche Regierungshandeln orientiert, dafür ist es überhaupt nicht gemacht. Das Parteiprogramm dient vielmehr als eine Art Selbstverortung, vielleicht Rückbesinnung der Parteimitglieder. Daher spielt auch der Prozess der Entstehung dieses Papiers eine mindestens ebenso wichtige Rolle.

Den Anfang dazu machte 2018 Annegret Kramp-Karrenbauer, als sie als frisch gekürte Generalsekretärin ihre Zuhör-Tour startete. Sie lauschte an der Basis. Aus den



Ergebnissen dieser ersten Phase wurden Leitfragen entwickelt, die wiederum von den neuen Bundesfachausschüssen (Bfa) der Bundespartei bearbeitet wurde. An beiden Schritten war auch die LSU beteiligt.

Wer will, kann nun im Programm-Entwurf nach der Handder LSU-Unterhändler suchen. Vielleicht entdeckt man sie in Absätzen wie diesem, zur Vielfalt der Lebensverhältnisse in Stadt und Land, der in jenem Bundesfachausschuss formuliert wurden, dessen Mitglied LSU-Bundesschatzmeister Uwe Bruchhausen war: "Gleichwertigkeit bedeutet für uns nicht Einheitlichkeit oder Gleichheit oder gar die Nivellierung aller Unterschiede in den einzelnen Landesteilen. Für uns ist gesellschaftliche Vielfalt ein Garant für lebendige städtische und ländliche Räume. Regionale Unterschiede und Stärken wollen wir betonen. Für uns ist Deutschlands Vielfalt eine große Stärke, die es zu bewahren gilt."

Die Spurensuche kann einen noch weiter führen. Weil es eben auch auf den Prozess ankommt, hat der CDU-Bundesvorstand nicht nur den Entwurf des Programms veröffentlicht, sondern auch die Ergebnisse der einzelnen »Als Christdemokraten nehmen wir die Verschiedenheit der Menschen als Teil der Schöpfung an. «

> Aus dem Bericht des Bundesfachausschusses Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Bundesfachausschüsse. Darin kann man nun nachlesen, worauf sich etwa der Bfa "Gesellschaftlicher Zusammenhalt" verständigt hat, in dem der Bundesvorsitzende der LSU mitgewirkt hat. Dort heißt es etwa: "Als Christdemokraten nehmen wir die Verschiedenheit der Menschen als Teil der Schöpfung an. Wir respektieren die von ihnen gewählten vielfältigen Formen des Zusammenlebens als Ausdruck freier Entscheidung und eines selbstbestimmten Lebens in Verantwortung für sich und andere."

Mitten im Leben

Wie die CDU 1999 die Lesben und Schwulen entdeckte

itten im Leben" hieß der Slogan unter dem die CDU am Ende der Neunzigerjahre die Themen Familie, Bildung, Bürgergesellschaft und Sozialstaat neu verhandelte. Der damalige LSU-Sprecher Matthias Ordolff erklärte 1999 gegenüber der WELT: "Das war für uns ein Signal. Die Partei hat begonnen, die gesellschaftliche Wirklichkeit wahrzunehmen. Plötzlich haben sich frustrierte schwule Mitglieder wieder engagiert."

Wie war das gelungen? Den Ausschlag gab damals Angela Merkel, die als neue Generalsekretärin nach dem Machtverlust der Union bei der Bundestagswahl 1998 die programmatische Neuausrichtung im Interregnum organisieren sollte. Merkel selbst übernahm den Vorsitz der Kommission "Familie 2000". Neben ihr wirkten Jürgen Rüttgers, Ilse Falk, Hildegard Müller, sowie Prof. Rita Süssmuth als Leitungen der vier Arbeitsgruppen dieser Kommission mit. In vier offiziellen Anhörungen beschäftigten sich die Unionspolitiker mit einem neuen familienpolitischen Leitbild, der Familienförderung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Erziehungsfähigkeit. Außerhalb der Reihe traf sich Angela Merkel allerdings höchst persönlich auch noch mit den dem damals blutjungen Verband der Lesben und Schwulen in der Union (LSU).

Im Abschlussdokument tauchen dann das erste Mal in einem CDU-Dokument anerkennende Worte für gleichgeschlechtliche Partnerschaften auf. Am 13. Dezember 1999 beschloss der Bun-



desvorstand der CDU Deutschlands den Leitantrag "Lust auf Familie - Lust auf Verantwortung". Darin steht erstmals und auch nur nach harten Verhandlungen die für die Merkel-CDU symptomatische Sowohl-alsauch-Formel, die es dann nahezu genau so 2007 ins neue (aktuell noch geltende) CDU-Grundsatzprogramm geschafft hat: "Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf zu verwirklichen suchen. Wir anerkennen, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden können, die grundlegend sind für unsere Gesellschaft. Dies gilt für nicht-eheliche Partnerschaften zwischen Frauen und Männern. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung. Wir wollen prüfen, welche rechtlichen Hindernisse, die dem gemeinsamen Leben und der gegenseitigen Fürsorge im Wege stehen, beseitigt werden können. Eine rechtliche Gleichstellung dieser Lebensgemeinschaften mit der Fhe lehnen

wir ebenso ab wie die Schaffung eines eigenen Rechtsinstitutes."

Merkel: Wir müssen die Wirklichkeit wahrnehmen

Für die CDU war das ein Novum. Ohne Widerspruch wurde dieser Absatz damals aber nicht aufgenommen. Nach einer durchaus emotionalen Debatte meldete sich abschließend noch einmal Angela Merkel selbst zu Wort und wollte klarstellen, dass die CDU kein neues Rechtsinstitut schaffen wolle, aber: "Wenn wir eine Partei sein wollen, die die Wirklichkeit wahrnimmt, müssen wir einerseits schreiben, was wir unter Familie verstehen, müssen andererseits aber auch ein Wort zu Partnerschaften in anderen Formen sagen."

Schließlich stimmte der kleine Parteitag dem Absatz bei neun Gegenstimmen und zwei Enthaltungen zu. Für die LSU könnte das ein erster kleiner Erfolg gewesen sein. Der damalige LSU-Chef Martin Herdieckerhoff erklärte öffentlich: "Ein kleiner Schritt für Lesben und Schwule, ein großer für die CDU."

EU ringt um Rechtsstaatlichkeit

Polen und Ungarn wehren sich gegen Bedingungen für EU-Gelder

ist schon bezeichnend, wenn sich zwei Staaten mit Händen und Füßen dagegen wehren, dass die Auszahlung von EU-Geldern künftig an die Einhaltung europäischer Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie geknüpft werden soll. Die EU ringt gerade um die Einführung eines solchen Rechtsstaatsmechanismus - Polen und Ungarn stemmen sich vehement dagegen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat dazu einen Kompromissvorschlag ausgearbeitet, der - wie für gute Kompromisse üblich - beiden Seiten nicht gefällt.

Ursula von der Leyen unterstützt LSBTI

Dieser Entwurf sieht vor, dass die EU-Finanzhilfen gekürzt oder nicht ausgezahlt werden können, wenn die Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit direkten Einfluss auf die Haushaltsführung und die finanziellen Interessen der EU haben. Es wird erwartet. dass das EU-Parlament diesen Vorschlag so nicht hinnehmen wird, und entsprechend mehr Schärfe reinbringt. Allerdings besteht dann die Gefahr, dass Polen und Ungarn die Unterstützung des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU blockieren - und damit auch das wichtige Corona-Konjunkturpaket sowie den Green Deal. Konservative Stimmen wie etwa in der F.A.Z warnen jedoch davor, an dieser Stelle vor Polen und Ungarn einzuknicken. Das könnte andere Staaten bestärken, ebenfalls ihre Justiz einzu-



schränken, wie es in den beiden osteuropäischen Ländern bereits geschehen ist.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte zuletzt in ihrer Rede zur Lage der Union im September deutliche Worte an Polen gerichtet. "LSBTIfreie Zonen sind menschlichkeitsfreie Zonen und haben keinen Platz in unserer Union", sagte sie und ergänzte noch: "Jeder und jede sollte ohne Angst lieben können, wen sie oder er will. Man selbst zu sein ist keine Ideologie, sondern seine Identität." Ferner kündigte von der Leyen an, dass die EU-Kommission nun eine Strategie entwickeln werde, wie die Rechte von sexuellen Minderheiten in der EU gestärkt werden könnten.

Im Niedersächsischen Landtag steht derweil die Beschlussfassung über einen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zum selben Thema an. Im September-Plenum hatten CDU und SPD den entsprechenden Antrag eingebracht, am Dienstag (6. Oktober) soll er nun bereits beschlossen werden.

"Mit dem Beitritt zur EU hat sich Polen zu den Grundwerten der Europäischen Union bekannt", erklärte im zurückliegenden Plenum der europapolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Stephan Siemer. "Diese Hetze, diese Diskriminierung gegen Menschen, die die gleichen Rechte genießen wie alle, hat mit den Werten der EU, mit Rechtsstaatlichkeit in der EU nichts zu tun", fügte er mit Blick auf die sogenannten "LSBTI-freien Zonen" in Polen an. "Die Vergabe von EU Mitteln ist an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien zu knüpfen, die Verletzung von Rechten und Werten auf europäischer Eben zu thematisieren und gegebenenfalls auch über ein Expertengremium zu vertiefen", führte Siemer zu den Forderungen des Entschließungsantrags aus. Die Diskriminierung von Schwulen und Lesben müsse bei den polnischen Partnern thematisiert werden und beim Eingehen künftiger Partnerschaften müsse die Einhaltung von EU-Grundwerten als Maßstab angesetzt werden.

Tabu und Toleranz

Studie zur Diskriminierung von Homosexuellen in der Bundeswehr

ie meisten dachten zuerst an die Kießling-Affäre, als sie davon hörten, dass das Verhältnis der Bundeswehr zur aufgearbeitet Homosexualität werden sollte. Doch darum ging es nicht, zumindest nicht primär, berichtete Oberstleutnant Klaus Storkmann, als er Mitte September im Bendlerblock die Studie "Tabu und Toleranz" vorstellte. In den vergangenen drei Jahren hat Storkmann vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr erforscht, wie die Bundeswehr zwischen 1955 und der Jahrtausendwende mit Homosexuellen umgegangen ist.

Herausgekommen ist eine umfangreiche Sammlung erschreckender Schicksale: Ausgrenzung, Degradierung, Entlassung erwarteten Homosexuelle, wenn sie sich in der Bundeswehr zu ihrer Orientierung bekannten. Vielen versteckten sich jedoch lieber, um der Schikane zu entgehen. Dabei spielte dann auch die Kießling-Affäre wieder eine Rolle: Wenn sogar mit einem Sternegeneral in dieser Form umgegangen wird, was passiert dann erst mit einem Soldaten von geringerem Rang? Diese Sorge habe einige der Betroffenen umgetrieben, berichtete Storkmann.

In Auftrag gegeben hatte diese Untersuchung noch Ursula von der Leyen in ihrer Zeit als Verteidigungsministerin. Entgegengenommen hat den Bericht nun ihre direkte Nachfolgerin in diesem Amt, CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer. Jahrzehntelang seien homosexuelle

.1111 Systematisch diskriminiert: Entschuldigung.

Soldaten und später auch Soldatinnen systematisch diskriminiert worden, sagt die Ministerin zum Auftakt. "Man glaubte sich im Einklang mit weiten Teilen der Bevölkerung und betrachte Homosexualität als etwas Gefährliches, "erklärte Kramp-Karrenbauer. "Die Haltung der Bundeswehr zur Homosexualität war falsch, auch wenn sie im Einklang mit dem damaligen Zeitgeist stand." Was die Studie beschreibe, müsse als beschämend bezeichnet werden, sagte die Ministerin. "Ich bedauere diese Praxis sehr. Bei allen denen, die darunter zu leiden hatten, bitte ich um Entschuldigung.

Die Bundeswehr von heute sei eine andere, die Streitkräfte müssten sich der eigenen VerVerteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer bittet bei (Ex-)Soldaten um

gangenheit schonungslos stellen. "Es ist uns nicht gleichgültig, wie damals mit den Menschen umgegangen wurde", beteuerte Kramp-Karrenbauer. "Auch wenn wir nicht jedem Schicksal gerecht werden können: Wir arbeiten das auf, und wir korrigieren das so weit wie möglich."

Daher strebe sie auch eine neue gesetzliche Grundlage an, die die berechtigten Anliegen der Betroffenen aufgreifen wird. Das "Gesetz zur Rehabilitierung homosexueller Soldatinnen und Soldaten" soll eine pauschale Entschädigung für alle Angehörigen der Bundeswehr sowie der Nationalen Volksarmee der DDR vorsehen, die eine Diskriminierung glaubhaft machen können. Sämtlich entsprechende Urteile sollen aufgehoben werden.

Noch immer diskriminiert?

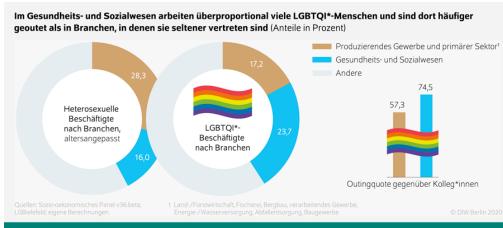
LSU diskutiert über DIW-Studie zur Arbeitsmarktsituation von LSBTI

ie Ergebnisse einer neuen DIW-Studie sorgten für Schlagzeilen: In Deutschland seien 30 Prozent der Homosexuellen in den vergangenen zwei Jahren am Arbeitsplatz diskriminiert worden. Unter den Trans-Menschen seien es sogar deutlich mehr. Zudem traue sich knapp ein Drittel der Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen nicht, sich vor den Kollegen offen zur eigenen sexuellen Identität zu bekennen. Erschreckende Zahlen - doch was ist da dran?

Unter den Mitgliedern der Niedersachsen-LSU sorgten die Befunde des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die Anfang September veröffentlicht wurden, für ungläubiges Staunen. Kann das heutzutage überhaupt noch sein? In einer digitalen Diskussionsveranstaltung befassten wir uns daher mit dem Design der Studie, den Befunden und unseren persönlichen Erfahrungen.

Als Datengrundlage wurden Informationen des Sozioökonomischen Panels des DIW (SOEP) und die Ergebnisse einer Befragung des "LGBielefeld"-Forschungsteams der Uni Bielefeld herangezogen. Die Daten wurden jeweils gewichtet und angepasst, schließlich wurden die Informationen von 4300 LSBTI zwischen 18 und 65 mit den allgemeinen Daten des SOEP verglichen.

Laut dieser Daten haben LSBTI statistisch gesehen den höheren schulische Bildungsabschluss (60 zu 42 Prozent haben Hochschulreife) und absolvieren seltener eine duale Ausbildung (27 zu 39



DIW Wochenbericht

36 2020

DIW BERLIN

Prozent). LSBTI seien zudem etwas häufig selbständig tätig (fünf Prozentpunkte Vorsprung) und etwas seltener Arbeiter (sechs Prozentpunkte Differenz).

√ollkommen überzogen findet ein LSU-Mitglied die Verlautbarungen des DIW sowie die Medienberichte, die daraus hervorgingen. Es entstünde ein völlig falscher Eindruck, meint er und stellt die Frage, wie sich Diskriminierung hier überhaupt definieren lasse. Ist der Begriff nicht viel zu subjektiv, um hier eine derart knallharte Statistik daraus abzuleiten? In der Tat erfasst die Studie allein die subjektiv so empfundene Diskriminierungserfahrung. Sind da vielleicht manche nur zu weich, zu empfindlich? Für den einen ist ein Schwulenwitz schon Diskriminierung, der andere lacht vielleicht eher mit und setzt dann sogar noch einen drauf. Die meisten der Diskussionsteilnehmer blieben jedenfalls zunächst ratlos zurück - mangels eigener Erfahrung.

Ein LSU-Mitglied berichtete allerdings von ganz anderen

Erlebnissen. Er habe früher auf dem Bau gearbeitet, ein klassisch männlich dominiertes Terrain. Ein Outing habe er dabei möglichst vermieden. Wenn seine sexuelle Orientierung dann doch herauskam, musste er sich den Kollegen gegenüber behaupten und gefühlt dreimal so hart arbeiten wie alle anderen, um sich Respekt zu verdienen. Ähnlich erging es einem LSU-Mitglied, das im weiteren Sinne in der Agrarbranche tätig war.

Diese Erfahrungen kann man in der DIW-Studie durchaus wiederfinden. So stellen die Wissenschaftler fest, dass LSBTI in bestimmten Branchen (Land/Forst/ Fisch/Bergbau; verarbeitendes Gewerbe; Energie/Wasser- sowie in der Abfallentsorgung und beim Bau) deutlich seltener anzutreffen seien, und wenn, sich dort meist nicht outeten. Die Forscher meinen, dass das weniger offene Arbeitsumfeld bereits frühzeitig dazu führe, dass sich LSBTI für einen anderen lob entschieden - etwa im Sozial- oder Pflegebereich, in dem ihre Quote deutlich höher liegt.

Neue Zeiten für den Stammtisch

LSU trifft sich im Wechsel live und digital

Live im Max Walloschke



Immer am ersten Donnerstag im Monat trifft sich die LSU im Max Walloschke, dem Kult-Restaurant in der Langen Laube in Hannover. Um 19 Uhr geht's los. Zu gutbürgerlicher Küche gibt es Klönschnack aus Partei und Community. Gäste sind herzlich willkommen, allerdings aktuell nur mit Anmeldung bis 48 Stunden im Voraus, damit wir ausreichend Platz (mit Abstand) einplanen können.

Digital in unserem Webex-Raum

Immer am dritten Donnerstag im Monat trifft sich die LSU im eigenen Webex-Raum "Unioncorner". Start ist ebenfalls um 19 Uhr. Zu Beginn der Corona-Pandemie sind wir auf diese Alternative umgestiegen. Jetzt behalten wir das Format ergänzend bei, um auch Mitgliedern jenseits von Hannover den regelmäßigen Austausch zu ermöglichen. Hier ist eine vorherige Anmeldung nicht zwingend erforderlich.





Für die Teilnahme am digitalen LSU-Stammtisch einfach diesen QR-Code scannen oder vorbeischauen auf: Isuinniedersachsen.my.webex. com/meet/unioncorner

